

# Rückschlag für das Projekt S 4

**Ahrensburg – Enttäuschung in Ahrensburg: Der Bau der Straßenbahntrasse der Linie 4 von Hamburg nach Ahrensburg ist offenbar in weite Ferne gerückt.**

„Im Sommer sagte die CDU, die Projekte S 4 und Stadtbahn müssten gleichermaßen vorangetrieben werden. Jetzt hat sich offenbar die GAL durchgesetzt, der das Projekt Stadtbahn bekanntlich wichtiger ist als die S 4“ – mit diesen Worten hat gestern der SPD-Verkehrspolitiker Ole Thorben Buschhüter auf die Entscheidung der Koalitionsfraktionen gegen eine Trassenfreihaltung für den späteren Bau der S 4 nach Ahrensburg reagiert. Sie hatten am Donnerstagabend in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, in dem in drei Punkten gefordert wurde, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Voraussetzungen für die Realisierung der S 4 verschlechtern würden.

Buschhüter erinnerte daran, dass für die Stadtbahn von der Stadtentwicklungsbehörde bereits im Sommer 2008 die Trassenfreihaltung angeordnet worden war. Für das Projekt S 4 soll entsprechendes aber nicht gelten. „Wie kann man dagegen stimmen, wenn man ansonsten vorgibt, für die S 4 zu sein?“, fragt Buschhüter.

An der Strecke werde viel gebaut. Es müsse möglich sein, die entsprechenden Vorhaben mit dem Projekt S 4 unter einen Hut zu bringen und zu einer Planung aus einem Guss zu kommen.

„Nachdem bekannt wurde, dass beim Bau der Straßenbrücke Dassauweg in Meiendorf nur ein drei-, nicht aber ein viergleisiger Ausbau der Strecke planerisch berücksichtigt wurde, verfestigt sich der Eindruck, dass die verschiedenen Planer aneinander vorbei arbeiten. Dieses Gewurschtel muss endlich aufhören“, sagte Buschhüter.

CDU und GAL lehnten darüber hinaus einen Antrag der SPD-Fraktion ab, in dem es um Mittel für den Bau von Lärmschutzwänden an der Strecke Hamburg-Lübeck ging. Für einen kurzen Abschnitt im Bereich Marienthal, wo im Rahmen der vom Bund finanzierten Lärmsanierung der Strecke keine Wände gebaut werden sollen, sollte die Möglichkeit eröffnet werden, dass die Stadt von den Anliegern gesammelte Gelder verdoppelt, um so die fehlenden Wände bezahlen zu können.

Außerdem sollte die Stadt Lärmschutzwände an Schulen bezahlen.

Nach diesem Beispiel wird bereits an der Güterumgehungsbahn verfahren. „Für die Strecke Hamburg-Lübeck soll das nun nicht gelten. Da haben CDU und GAL den Anwohnern etwas zu erklären“, sagte Buschhüter.

In-online/lokales vom 15.12.2009 00:00:02

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2706542>